Die arabische Revolution und der Konflikt Israel–Palästina

Das nachstehende (gekürzte) Dokument wurde von Yacov Ben Efrat für die Sitzung des Zentralkomitees der israelischen ODA-Da'am (Arbeiterpartei) im April 2011 verfasst. Die Herausgeber der in Tel Aviv erscheinenden Zeitschrift Challenge *haben das Dokument aktualisiert und einen kleinen Absatz mit Bezug auf die Proteste gegen die Wohnraumsituation eingefügt, die in Israel am 14. Juli 2011 – teilweise beeinflusst durch den arabischen Frühling – ausbrachen.*

Die Jasminrevolution, die in Tunesien ihren Ausgang nahm und zum Sturz von Präsident Zin El-Abidine Ben Ali führte, wühlte die ganze arabische Region von Marokko bis Syrien auf. Nicht ein einziges der diktatorischen arabischen Regime blieb unbeeinflusst, und die arabische Welt wird nie wieder so sein, wie sie war. Dieser ungeheure Aufstand des Volkes wird die arabischen politischen Regime von Grund auf ändern. Es handelt sich um eine tiefgreifende Revolution von Bürgern, unabhängig von ihrer Klasse, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Religion. Die neue Revolution unterscheidet nicht zwischen Regimen, die sich selbst als «Regime des nationalen Widerstands» (Syrien, Iran) wahrnehmen und Regimen, die als Agenten des Westens (Ägypten, Bahrain, Jemen, Tunesien) wahrgenommen werden oder wurden. Beide Regimeformen eint, dass sie unterdrückerisch und von ihren Sicherheitsapparaten und Notstandsgesetzen abhängig sind. Sie haben immer dem Interesse einer kleinen Gruppe korrupter Kapitalisten gedient, während die Menschen arm blieben und keine Zukunftsaussichten haben. Die Revolution hat der arabischen Spaltung ein Ende bereitet und das arabische Volk unter dem Ruf nach Demokratie und sozialer Gerechtigkeit geeint.

Die Diktatur des Kapitals

Die arabischen Regime, die sich einem machtvollen Volksaufstand gegenübersehen, zeichnen sich durch ein extrem kapitalistisches Wirtschaftsregime mit einer Diktatur aus, in der die herrschende Familie und diejenigen, die ihr nahestehen, die Wirtschaft kontrollieren und massiven privaten Reichtum auf Kosten des Volkes anhäufen. In jedem Fall hat die kontrollierende Clique riesige nationale Monopole, wie etwa in der Textil-, Zement-, Stahl- und Energieindustrie und in modernen Branchen wie Kommunikation, Banken, Import und Fahrzeuge sowie Tourismus aufgebaut. Sie haben auch Ressourcen geplündert, die von Rechts wegen der ganzen Nation gehören, und ihren Bürgern wirtschaftliche und technologische Entwicklung und Fortschritt verweigert.

Um Investitionen von ausländischen Unternehmen und Banken anzuziehen, waren die arabischen Regime gezwungen, einen flexibleren Arbeitsmarkt zu schaffen und den Investoren einen höheren Nutzen zu versprechen (wie etwa dem vorteilhaften Geschäft mit den Erdgasunternehmen aus Israel). Andererseits mussten sie ihre Fähigkeit zur Kontrolle und Aufrechterhaltung von Stabilität nachweisen, damit die Investitionen keinem

Risiko ausgesetzt sind, weil ausländische Investoren ein starkes Regime erwarten, das ihre Profite sichert. Sie haben nicht nur reguläre Gewinne eingestrichen, sondern mit Hilfe von Steuererleichterungen und der Unterdrückung von Wettbewerb auf den lokalen Märkten unvorstellbare Summen kassiert. Zwischen diesen Unternehmen und den Funktionären der Regime flossen viele Schmiergelder, damit Deals dieser Art unterzeichnet werden konnten.

Ägypten, Tunesien und Libyen wurden zu Staaten, in denen die Staatsbürgerschaft bedeutungslos war. Anstatt das allgemeine Interesse zu vertreten, diente der Staat einer korrupten und sektiererischen Elite. Während sie enorme Reichtümer in ihren Händen akkumulierte, wurde der Staat zunehmend ärmer, er verlor Einnahmen aus Wirtschaftsprojekten, die in Privathände übergegangen waren, und seine Steuereinnahmen sanken, weil die Steuern gesenkt wurden oder wegen des Wachstums des Schwarzmarktes und der Bestechungsgelder an Steuerbeamte ganz ausfielen. Das unmittelbare Ergebnis waren eine anhaltende Verschlechterung von Dienstleistungen, wie Bildung, Gesundheit und Gemeindedienstleistungen, sowie Defizite in der Wasserversorgung. Das Problem fehlenden Wohnraums erreichte in Ägypten katastrophale Ausmaße, Millionen Menschen zogen in provisorische Unterkünfte, Slums und improvisierte Hütten.

Revolutionäre Politik

Der Aufstieg des politischen Islam, der sich als die einzige Alternative zu den korrupten proamerikanischen Regimen in der arabischen Welt präsentierte, stellte eines der zentralen Hindernisse für die Entwicklung neuer demokratischer Regime dar. Andererseits öffnete das Versagen des politischen Islam in dem Versuch, eine bessere Alternative zu den proamerikanischen Regimen zu entwickeln, nach 30 Jahren schließlich ein Fenster zu einer neuen Form des Denkens.

Weil auf der Seite des islamisch-arabischen politischen Spektrums nur zwei Stimmen vorhanden waren – die prowestlichen Regime und der radikale Islam – verfügten die neuen arabischen Revolutionen über keine führende Partei. Dies gilt auch für den Aufstand des 25. Januar in Ägypten. Das Ergebnis war, dass der Boden für die Schaffung einer klaren politischen Alternative zu den existierenden Regimen nicht bereitet war. Die ersten Knospen der Volksbewegung gingen in Ägypten im Jahr 2000 auf, als Demonstrationen zur Unterstützung der zweiten palästinensischen Intifada organisiert wurden. Die Jugend und die Studenten hatten entscheidenden Anteil daran, die Menschen auf die Straße zu bringen und den Widerstand gegen die ägyptische Palästina-Politik und die US-Invasion im Irak auszudrücken. Mit der Gründung der Kefaya-Bewegung und Ayman Nours Kandidatur für die Präsidentschaft trat die Bewegung in eine neue Phase, in der sie das Regime selbst herausforderte. Die Hauptforderung der Bewegung war die nach politischem Pluralismus, sie wurde zu einem zentralen Pfeiler der zukünftigen revolutionären Bewegung.

Um die Geburtswehen der neuen demokratischen Bewegung in Ägypten und anderen Ländern zu verstehen, muss man den Diskurs verstehen, der die arabische Welt in den letzten Jahrzehnten beherrscht hat. Die proamerikanischen Diktaturen waren mit dem politischen Islam konfrontiert, dem eine breite Plattform zur Verfügung stand, um seine

Ansichten mit der Hilfe von *Al Jazeera* zu verbreiten. Die Kultur «des Widerstands» (*al-muqawama*) setzte sich in den arabischen Nationen durch und breitete sich von Afghanistan in den Irak, vom Libanon bis in die besetzten palästinensischen Gebieten aus. Nicht einer einziger Partei oder Fraktion gelang es, sich dem Widerstand entgegenzustellen. Die unter der Last korrupter Regime ächzenden Nationen identifizierten sich mit der Bereitschaft der islamischen Krieger (*al-mujahideen*), im Kampf gegen die prowestlichen unterdrückerischen Regime zu sterben. Das Gefühl, dass gehandelt und nicht nur geredet werden musste, erhöhte die Unterstützung für sie. Aber die Unterstützung des Widerstands war gegenüber zwei zentralen Problemen blind, die charakteristisch waren für die islamischen Führungen. Das erste betraf ihr Programm, das kein demokratisches Programm im Dienst der Arbeiterklassen war, sondern ein Programm, das eine religiöse kapitalistische Gesellschaft anstatt des häretischen westlichen Kapitalismus bevorzugte. Zusätzlich nährten die gewalttätigen Methoden des Widerstands Zweifel daran, ob sie wirklich Fortschritte bringen würden, oder ob der Einsatz von Waffen Israel und den USA einen Vorwand für den Einsatz brutaler Gewalt geben würde, wie es in Afghanistan, Gaza und der West Bank geschah.

Die Politik der islamischen Fraktionen führte zu Bürgerkriegen in Palästina, dem Libanon und dem Irak. Zunehmend begannen die Menschen zu verstehen, dass der Islam nicht in der Lage war, die israelische und US-Hegemonie zu besiegen, und dass sein militantes Auftreten seine politische Vorherrschaft sichern sollte, während der Blutzoll von denen gezahlt wurde, die sich nicht notwendig mit der einen oder der anderen Seite identifizierten.

Neben dem radikalen Islam war auch eine etabliertere Form des Glaubens aktiv. So war beispielsweise die Muslimbruderschaft in Ägypten unter dem Regime Mubarak sogar an der Regierung beteiligt. Dabei arrangierte sie sich mit Mubaraks Kontrolle, während sie gleichzeitig die Gesellschaft auf religiöser, sozialer und kultureller Ebene beeinflussen konnte. Diese Übereinkunft erinnert an das Bündnis zwischen Feudalherren und Kirche in Europa.

Der Aufstieg der neuen Bewegungen zeigt eine Enttäuschung mit den islamistischen Fraktionen an, sowohl den radikalen als auch den moderaten. Die Volksbewegung gegen das iranische Regime war ein erstes Anzeichen des Wandels, der das Scheitern des islamischen Projekts anzeigte. Vor allem in Teheran entzündeten die iranische Jugend und die iranischen Mittelklassen die revolutionäre Glut mit dem Slogan: «Die Nation will, dass das Regime stürzt!» So wie die Khomeini-Revolution von 1979 das islamische Erwachen ankündigte, verkündeten die Demonstrationen in Teheran im Anschluss an die umstrittenen Wahlen im Juni 2009, dass die islamische Revolution nur Erwerbslosigkeit, Armut, Korruption und Unterdrückung gebracht hatte – alles im Namen des Kriegs gegen die USA und Israel.

Ein Jahr zuvor waren wir Zeugen einer beeindruckenden Episode gewesen. In den Textilfabriken der ägyptischen Stadt Mahala el-Kubra zeigte eine Streikwelle den Anfang vom Ende des ägyptischen Regimes an. Die als «6. April» bekanntgewordene Facebook-Bewegung der Jugend schloss sich dem an, was den Forderungen der Arbeiter in Mahala el-Kubra großen Nachdruck verlieh. Der Zusammenschluss ihrer Kräfte schuf eine enorme politische Kraft, die fast die gesamte Nation in ihren Bann zog. Das Ergebnis war

ein Wandel des politischen Diskurses und Forderungen nach Demokratie und Vereinigungsfreiheit, vorgetragen in einem klassenorientierten, säkularen Geist unter der Parole «Demokratie und soziale Gerechtigkeit!»

Nationalistische und islamistische Slogans an den Rand drängend, bündelte die neue Bewegung die Energien der Menschen und richtete sie auf den unmittelbaren Feind, die Diktatur. Der Ruf nach dem Sturz des Regimes wurde zur zentralen Botschaft. Die Muslimbruderschaft stellte sich der Arbeiterbewegung entgegen und vermied es auch, sich an der Jugendbewegung zu beteiligen; dabei klagte sie darüber, diese hätte «westliche Werte» angenommen, beispielsweise die Forderung nach einer demokratischen Gesellschaft und nach dem Recht auf gewerkschaftliche Organisierung.

Die Ablehnung sowohl der Diktatur als auch des Islam reicht jedoch nicht aus, um eine Alternative zu schaffen. Die grundlegenden Schwächen der Revolution bestehen im Fehlen einer politischen Partei mit einem revolutionären Programm und im Fehlen einer Vorstellung davon, welche Gesellschaft es aufzubauen gilt.

Der politische Kampf gewinnt an Intensität

Alle Augen sind heute auf Ägypten gerichtet, weil das Regime, das sich dort etablieren wird, einen bestimmenden Einfluss auf die gesamte arabische Welt ausüben wird. Wenn politische Parteien in der Revolution auch fehlten, wird sich die nachfolgende Periode aber durch Parteienherrschaft auszeichnen. Das ist so, weil Demokratie ohne den Wettbewerb zwischen politischen Programmen, die um die Unterstützung der Nation konkurrieren, unmöglich ist. Das Fehlen von alternativen Parteien würde den bestehenden Fraktionen die Früchte der Revolution überlassen.

Da es keine demokratische linke Partei gab, die das gestürzte Mubarak-Regime hätte ersetzen können, hat die Armee das Vakuum gefüllt. Diese erhielt öffentliche Unterstützung, weil sie zum Unterdrückungsapparat des Regimes Distanz gehalten und 1973 erfolgreich den Suez-Kanal überquert hatte. Die Parole «Die Armee und die Nation sind eins!» neutralisierte die Armee, verschaffte dem Regime aber gleichzeitig eine sichere Hintertür. Die USA und Israel waren beruhigt, weil das neue Regime sich in guten Händen befand und ein Blutbad verhindert wurde.

Hier lässt sich jedoch auch das Problem der Revolution erkennen. Obwohl sie weiter das Ende aller alten Symbole fordert, ruht die Revolution auf einer grundlegenden Säule des alten Regimes, der Armee. Jetzt wird diese Armee dazu gebraucht, die staatlichen Institutionen von allen Überresten des alten Regimes zu «reinigen», obwohl sie selbst ein wichtiger Bestandteil des Camp-David-Abkommens zwischen Sadat und Israel gewesen ist; im Gegenzug dafür wurde sie von den USA finanziert, ihr wurde sogar die Kontrolle über einen wichtigen Teil der ägyptischen Wirtschaft zugestanden.

Die Armee war zwar gezwungen, einem demokratischen Regime und dem Prinzip des politischen Pluralismus zuzustimmen, doch sie hat mit der herrschenden ökonomischen und sozialen Ordnung nicht Schluss gemacht. Ihre Führung akzeptiert zwar die Forderung nach einer Abkehr von den diktatorischen Methoden und der Korruption der Mubarak-Ära, doch sie hat nicht die Absicht, die Grundlagen der Gesellschaft zu ändern.

Die Armee ihre Privilegien und ihr Bündnis mit den USA jedoch nur aufrechterhal-

ten, wenn sie einen Bündnispartner aus den Reihen der bestehenden Parteien findet. Deshalb hat sie schon in den ersten Tagen der Revolution versucht, mit den beiden rivalisierenden politischen Kräften, den Muslimbrüdern und Mubaraks Nationalpartei eine Verständigungsgrundlage zu finden. Alle drei – die Bruderschaft, die Nationalpartei und die Armee – einte ihre Feindschaft gegen die revolutionäre Jugend und die Arbeiterklasse. Diese unheilige Dreifaltigkeit, die an der Revolution nicht beteiligt war, versucht nun, sich ihrer zu bemächtigen.

Die Frage nach einem Referendum über Änderungen an der Verfassung spitzte die politischen Positionen zu und markierte die Scheidelinie zwischen Revolution und Konterrevolution. Die Armee, die Muslimbrüder und die anderen fundamentalistischen Kräfte traten *für* die vorgeschlagenen Änderungen ein – vorgeblich im Namen des Islam. Die breite Koalition, die die Revolution anführte, war jedoch gegen die Änderungen. Die Gegner erklärten, die Vorschläge blieben weit hinter den notwendigen Änderungen zurück, die ganze Verfassung, die die Existenz der Diktatur ermöglicht hatte, gehöre abgeschafft, noch vor den Neuwahlen solle eine neue Verfassung angenommen werden, die die Grundsätze der Revolution zum Ausdruck bringe.

Diejenigen, die für grundlegendere Änderungen eintraten, erlitten eine Niederlage. Dies machte deutlich, dass die Urheber der Revolution in ihrer Fähigkeit, die Massen hinter sich zu bringen, geschwächt worden waren. Ein Grund dafür war das Fehlen einer Partei mit einem erfahrenen politischen Kern. Die politische Revolution hat keinen Ansatz für die Ausmerzung von Armut und Rückständigkeit hervorgebracht, noch hat sie sich um die politische Ignoranz gekümmert, die einen fruchtbaren Boden für Kräfte liefert, die der Demokratie und den Grundsätzen der Revolution feindlich gesinnt sind.

Angesichts der konterrevolutionären Kräfte haben die Jugend und die Gruppen, die sich der Revolution angeschlossen haben, keine andere Wahl, als weiter auf dem Tahrir-Platz zu demonstrieren. Offensichtlich sind alle bislang erreichten Errungenschaften das Ergebnis des Drucks, der von den millionenstarken Freitagsdemonstrationen aufgebaut wurde. Auf diesen Demonstrationen erschallen auch Rufe, alle Überbleibsel des früheren Regimes zu entfernen, alle Gefangenen zu befreien, die Medien von den Symbolen des alten Regimes zu «reinigen» und alle vor Gericht zu stellen, die öffentliche Mittel gestohlen oder andere Verbrechen gegen das Volk begangen haben. Solange das Bündnis zwischen der Armee, der Muslimbruderschaft und den Überresten des alten Regimes noch die Macht hat, besteht die Gefahr, dass die Revolution stirbt.

Nicht nur Korruption und politische Unterdrückung waren Auslöser der Revolution, auch die extreme Ausbeutung der Arbeiter und das Verbot freier gewerkschaftlicher Organisierung. Die Arbeiter haben die Revolution ausgelöst, und sie sind weiterhin der Motor, der sie vorantreibt, indem sie höhere Löhne, den Rauswurf korrupter Manager und die Entfernung der Vertreter des früheren Regimes aus gewerkschaftlichen Schlüsselpositionen fordern. Die ägyptischen Arbeiter verleihen der Parole «Soziale Gerechtigkeit!» wirkliche Bedeutung. Die Armee und ihre Verbündeten wollen, dass die Jugend wieder in die Cafés zurückgeht und die Arbeiter an die Arbeit. Deswegen verbietet sie Demonstrationen und Streiks, die sie als «sektiererische Aktivitäten» bezeichnet, und versucht, den Eindruck zu erwecken, diese dienten nur einer kleinen Gruppe und stünden nicht im allgemeinen öffentlichen Interesse.

Die politische Debatte um die Zukunft der Revolution dreht sich um die Frage, ob sie zur großen modernen arabischen Revolution wird oder eine Fußnote der Geschichte bleibt. Die ägyptische Revolution hat sich durch ihre Gewaltfreiheit ausgezeichnet, sie war das Markenzeichen der Jugend, die sie angeführt hat. Diese Revolution hat bewiesen, dass die arabischen Völker ein säkulares, demokratisches und pluralistisches Regime wollen, das der Weltkultur gegenüber offen ist. Die Führer der Revolution sehen sich selbst verbunden mit den fortschrittlichen Elementen auf allen Gebieten: Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur. Sie träumen von einer offenen Gesellschaft, in der Frauen einen gleichberechtigten Status und Freiheit genießen, in der alle die Möglichkeit haben, sich zu entwickeln und ihre kreativen Fähigkeiten auszudrücken. Die ägyptische Revolution hat kein sozialistisches Programm vorgelegt, sondern ein Programm für einen Wohlfahrtsstaat, der für die gerechte Verteilung des nationalen Reichtums sorgt, ohne das Kapital als zentralen Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung in Frage zu stellen und ohne es daran zu hindern, Profit zu machen.

Die ägyptische Revolution stellt sich gegen ein neoliberales System, das von einem Bündnis aus lokalen Kapitalisten, welche die Schlüsselsektoren der Wirtschaft kontrollieren, und ausländischen Investoren beherrscht wird – unterstützt durch die Muslimbruderschaft und die Armee. Die Mitglieder dieser Koalition erwarten, dass die Demokratie dem Kapital dient, aber sogar sie verstehen jetzt, dass sie Einschränkungen wie etwa einen politischen Pluralismus und die Öffnung des Regimes für Wahlen zu akzeptieren haben.

Das Regime, das in Ägypten Gestalt annimmt, ist ein Regime der Koexistenz, eine Hybris aus einer konservativen Gesellschaft, die von der Muslimbruderschaft mit Hilfe einer Art gesellschaftlicher Autonomie kontrolliert wird, und dem zügellosem Kapital, das die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen fortsetzen und die Abschaffung des Wohlfahrtsstaates vorantreiben will.

Die palästinensische Frage tritt in eine neue Phase

Das Schicksal des palästinensischen Volkes war und bleibt mit dem Schicksal der arabischen Welt, insbesondere mit Ägypten, verbunden. Der Oktoberkrieg von 1973 und der damalige Erfolg der ägyptischen Armee, die dem Ruf der israelischen Armee ihren Glanz nahm, führten zum palästinensischen Aufstand und zur Verlagerung des Schwerpunkts des Aufstands in die West Bank und den Gazastreifen. In Folge der Veränderung des Kräftegleichgewichts in der Region und der Stärkung der UdSSR nach dem Fiasko der USA in Vietnam wuchs die Bedeutung der PLO, sie wurde international als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volks anerkannt. Andererseits stellte die Unterzeichnung eines separaten Friedensabkommens mit Israel in Camp David Ende der 70er Jahre einen harten Schlag für den palästinensischen Kampf dar.

Von einem strategischen Feind Israels und der USA wurde Ägypten zu einem Bündnispartner und einem zentralen Pfeiler ihrer Politik im Nahen Osten. Das erste Ergebnis der Verträge von Camp David war der israelische Angriff auf den palästinensischen Widerstand im Libanon 1982, der mit der Ausweisung der PLO aus Tunis und dem Massaker in den Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila in Beirut endete.

Die erste palästinensische Intifada, die Ende 1987 ausbrach, erreichte ihr Ziel, das Ende der Besatzung, nicht. Das lag nicht nur an der Lähmung der arabischen Welt, sondern auch am Zusammenbruch der UdSSR zwei Jahre später, der das Ende des unipolaren amerikanischen Zeitalters und die Ausbreitung der ökonomischen Globalisierung einleitete. Die erste Intifada endete mit den Osloer Friedensverträgen von 1993. Die PLO erklärte damit den bewaffneten Kampf für beendet. So verbreitete sich die Vorstellung, angesichts des bestehenden Kräfteverhältnisses müssten sich die Palästinenser mit Israel versöhnen und mit einer, Israel untergeordneten, Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) zufrieden geben. Oslo war jedoch keine Garantie für die Schaffung eines palästinensischen Staates und die Auflösung der Siedlungen.

Die Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens, das die Verträge von Oslo umsetzen sollte, fand im Mai 1994 in Kairo unter Beteiligung und mit Unterstützung von Präsident Mubarak statt. Israel zog um die besetzten Gebieten einen Sicherheitsriegel, was die palästinensischen Arbeiter daran hinderte, nach Israel zu kommen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, wie sie es seit 1967 getan hatten. Gleichzeitig wuchs eine korrupte, diktatorische Autonomiebehörde heran. Sie war unfähig, auch nur die grundlegendsten Bedürfnisse der Menschen zu sichern, ganz zu schweigen von einer Lösung der politischen Krise. Das Leben der Palästinenser in den der Autonomiebehörde unterstehenden Gebieten wurde bis zur zweiten Intifada im Jahre 2000 unerträglich.

Die zweite Intifada war das Ergebnis von Armut und Erwerbslosigkeit und genährt von Abscheu und Misstrauen gegen die korrupte Autonomiebehörde. Der Zorn der gesamten arabischen Welt gegen die korrupten Regime, die im Sumpf unterwürfiger Politik gegenüber den USA und Israel steckengeblieben waren, kam darin zum Ausdruck. Sie war auch ein Aufbegehren gegen die schwierige ökonomische Lage. Der politische Islam nutzte die Gelegenheit und bot eine «Alternative» an – den «Jihad» als Weg zum Kampf, den Selbstmord als revolutionäre Kultur.

Die Angriffe von Al-Qaeda auf die USA im September 2001 stellten den Versuch dar, Kontrolle über die arabische Welt zu erlangen durch Instrumentalisierung der herrschenden Wut auf die Politik der USA und Israels in den besetzten Gebieten. Der Angriff fand die Unterstützung der arabischen Öffentlichkeit und der arabischen Medien, doch er läutete die Ära des «Kampfs der Kulturen» und lieferte US-Präsident George W. Bush einen Vorwand für den Angriff auf Afghanistan und Irak. Diese Kriege spalteten die arabische Welt und erlaubten dem Iran, der den Sturz seines großen Feindes, Saddam Hussein, aus sicherer Entfernung beobachtet hatte, seinen Einfluss in der Region zu festigen.

Die Plage der Spaltung in der arabischen Welt, die schon im Irak und im Libanon zum Bürgerkrieg geführt hatte, breitete sich nun auch in Palästina aus. Die Hamas nutzte die Wut und die öffentliche Unterstützung für den Widerstand aus, ohne den furchtbaren Preis zu berücksichtigen, den die arabischen Nationen würden zahlen müssen. Zu ihrem opportunistischen Ansatz passte, dass sie andererseits in das «demokratische» Spiel einstieg, das aus den Osloer Verträgen folgte (die sie ursprünglich abgelehnt hatte). Sie gewann die Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat im Jahr 2006. Der Riss durch Palästina wurde breiter. 2007 führte dies zu einem Bürgerkrieg, nachdem Hamas die Regierungskontrolle im Gazastreifen übernommen und die palästinensische Autonomiebehörde aus dem Gazastreifen hinausgeworfen hatte.

Das palästinensische Schisma wird genährt durch das Schisma in der arabischen Welt: auf der einen Seite stehen die Unterstützer des Irans, Syriens und der Hisbollah, auf der anderen Seite die Unterstützer Saudi Arabiens, Jordaniens und Ägyptens. Die tunesische und ägyptische Revolution haben das Schisma beendet und die politische Landschaft umgewälzt.

Die Vorgänge des letzten Jahrzehnts beweisen, dass die Hamas mit ihren Aktionen – seien es die Selbstmordattentate in Israel oder der Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen – ihr Ziel nicht erreichen kann: die Niederlage Israels. Seit dem letzten Krieg in Gaza hat die Hamas ihren Widerstand aufgegeben und sich zu einem Waffenstillstand bekannt, den sie nicht mehr von der Aufhebung der Belagerung des Gazastreifens oder der Freigabe von Land abhängig macht.

Auf der anderen Seihst hat die Linie der von der Fatah geführten PA – sinnlose Verhandlungen und Abhängigkeit von den USA – nur als Deckmantel für den fortgesetzten israelischen Siedlungsbau in den besetzten Gebieten gedient. Sie hat Israel nicht gezwungen, seine unnachgiebige Haltung aufzugeben, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen oder einen souveränen palästinensischen Staat anzuerkennen. Der Riss im palästinensischen Lager hat zwei verschiedene Regime hervorgebracht – eins in der West Bank und eins im Gazastreifen. Das eine steht unter der Kontrolle der Fatah, das andere unter der Kontrolle der Hamas – zwischen den beiden lebt das palästinensische Volk in Armut und Erwerbslosigkeit ohne Bewegungsfreiheit und ohne Versorgung selbst mit grundlegenden Dienstleistungen.

Das Regime in Gaza ist repressiv und unterscheidet sich nicht wesentlich von den Diktaturen in der arabischen Welt. Das Regime in der West Bank implementiert eine neoliberale kapitalistische Politik und stützt sich auf Zuwendungen anderer Staaten, die die Gehälter der Funktionäre der PA bezahlen, dem größten Arbeitgeber in den besetzten Gebieten. Dadurch sind die Palästinenser in der West Bank zu Geiseln ausländischer Zuwendungen geworden, deren einziges Ziel darin besteht, die Stabilität in der Region aufrechtzuerhalten und die Abkommen mit Israel zu schützen.

Die revolutionären Veränderungen in der arabischen Welt haben dazu geführt, dass sowohl die Fatah als auch die Hamas ihre Bündnispartner verloren haben. Die Absetzung von Mubarak ist für den Präsidenten der PA, Mahmoud Abbas (Abu Mazen), ein tödlicher Schlag, ebenso wie die Erschütterung des syrischen Regimes ein Schlag für Hamas ist. Die Hamas hat aus ihrer Sicht der arabischen Revolution keinen Hehl gemacht, als sie ihre Unterstützung für das syrische Regime erklärte, das seine eigenen Freiheit suchenden Bürger umbringt.

Die Völker Ägyptens, Tunesiens und Syriens möchten als Völker in die Geschichte eingehen, die ein modernes demokratisches Regime aufgebaut haben. Sie kämpfen nicht für einen anderen Diktator. Sie suchen eine ausgeglichene Politik, die vermeidet, in einen Krieg abzurutschen, aber auch sinnlose Verhandlungen zu führen. Vor diesem Hintergrund können wir die Initiative der palästinensischen Jugend verstehen, die für ein Ende der palästinensischen Spaltung eintritt. Ihre Haltung fordert sowohl die Hamas als auch die Fatah heraus. Beide Fraktionen werden für die Situation der Palästinenser verantwortlich gemacht. Anders als ihre Altersgenossen in der arabischen Welt ruft die palästinensische Jugend nicht nach einem Sturz des Regimes, denn sie sieht in der israeli-

schen Besatzung den Hauptfaktor, gegen den alle vorhandenen Ressourcen eingesetzt werden sollten. Der Ruf nach einem Ende der Spaltung macht nicht ausschließlich die Besatzung für sie verantwortlich, sondern klagt diejenigen an, die die Nation in einen inneren Machtkampf gestürzt haben.

Der Ruf nach dem Sturz des Regimes ist eine klare Parole, die durch revolutionäre Massenaktionen durchgesetzt werden kann. Für den Ruf nach einem Ende des Schismas gibt es jedoch keinen Umsetzungsmechanismus. Die einzige Form, es zu beenden, besteht darin, alle Fraktionen unter einem gemeinsamen politischen Dach zu vereinigen, wie es während der ersten Intifada geschehen war. Doch das kann solange nicht geschehen, wie nicht die Fatah ihre Politik der Verhandlungen und der Sicherheitskooperation mit Israel und den USA, und die Hamas ihren Widerstand (*al-muqawama*) und ihre Weigerung, mit Israel zu verhandeln, aufgibt.

Einheit würde grundlegende Veränderungen auf beiden Seiten erforderlich machen; sie würde erfordern, dass beide Bewegungen ihre ureigene Identität ändern, weshalb es unwahrscheinlich ist, dass sie zustande kommt. Deshalb lässt die kürzlich erfolgte Versöhnung zwischen Hamas und Fatah viele Fragen offen und ändert nichts an der zugrunde liegenden Situation. Die zentrale Schlussfolgerung, die aus der ägyptischen Revolution zu ziehen ist, lautet: Es muss eine dritte politische Option geschaffen werden, die nicht von den USA abhängt, sich aber auch gegen den islamistischen Widerstand wendet. Die Revolution wurde nicht von diesem Widerstand gemacht, eher von der Facebook-Jugend. Sie entspricht der palästinensischen Jugend (*shabab*), die nach Einheit ruft und eingeklemmt ist zwischen der Unterdrückung durch die Hamas und der durch die PA.

Statt ihre Energie auf nutzlose Versuche zu verschwenden, Öl und Wasser zu mischen, wäre es besser, die palästinensischen *shabab* präsentierten ein Oppositionsprogramm gegen die Besatzung, das die Lehren aus dem Versagen sowohl des Widerstands auf der Basis von Selbstmordattentaten als auch der Verhandlungspolitik zieht. Solch ein Programm müsste grundlegende Reformen anstreben, den inneren Kampf mit dem äußeren verbinden und die Interessen der palästinensischen Arbeiterklasse in den Vordergrund stellen. Unter der Parole «soziale Gerechtigkeit» müsste es den Aufbau freier und unabhängiger Gewerkschaften voranbringen und die grundlegenden Bedürfnisse der Nation aufgreifen. Ein Wandel der inneren Strukturen war und ist der einzige Weg, der Besatzung Widerstand zu leisten.

Die Osloer Verträge sind gescheitert, weil sie, statt die Siedlungen abzubauen, deren Expansion erlauben, und die PA, deren Hauptfunktion war, Israel aus der direkten Verantwortung für die Verwaltung der besetzten Gebiete zu befreien, an die Macht gebracht haben. Das Fatah-Regime in der West Bank und das Hamas-Regime im Gazastreifen sind für den Alltag der Bewohner verantwortlich, doch die wirkliche Souveränität bleibt in den Händen Israels. Die Abschaffung der PA würde den Weg freimachen für direkte Opposition gegen die Besatzung mit Hilfe von Massenaktionen, in denen alle revolutionären Kräfte vereint wären.

Die israelische Besatzung und der demokratische Wandel

Die Revolution in Tunesien hat Israel und seine Sicherheitsdienste überrascht, doch die ägyptische Revolution war nichts weniger als ein Erdrutsch, dem das israelische Establishment verblüfft und hilflos gegenüberstand. Hinsichtlich seiner Politik gegenüber den Palästinensern und die Fortsetzung des Siedlungsbaus hatte sich Israel auf die Zusammenarbeit mit Mubarak verlassen. Für das ägyptische und das saudische Regime war die Konfrontation mit dem Iran und der Kampf gegen dessen Einfluss in der Region wichtiger als die palästinensische Sache, wobei Israel eine Schlüsselrolle in der Abschreckung und Eindämmung der iranischen Bestrebungen spielt. Darauf zählend, gelang es der israelischen Rechtsregierung, alle Initiativen der USA zur Lösung der palästinensischen Frage auf der Basis einer Zweistaatenregelung zu torpedieren.

Zu Beginn der ägyptischen Revolution setzte das israelische Establishment seine Hoffnungen in Mubaraks Fähigkeit, die Aufstände zu unterdrücken. Als US-Präsident Obama verkündete, Mubarak müsse abtreten, reagierte die Regierung Netanyahu verärgert und hielt an Mubarak fest. Das tat sie selbst dann noch, als klar wurde, dass Millionen Menschen seinen Abschied forderten. Als Mubarak schließlich ging, wandte sich Israel an den ägyptischen Hohen Militärrat, um dessen Haltung zu Israel festzustellen, und erhielt die Zusicherung, die Situation sei stabil, Israels Sicherheit nicht gefährdet.

Netanyahus Beziehungen zum Weißen Haus haben wegen Israels Haltung, jede ernsthafte Verhandlung mit den Palästinensern über feste Grenzen und ein Ende des Konflikts abzulehnen, eine Reihe von Krisen durchlaufen. Zum Zeitpunkt, wo die US-Truppen in Afghanistan und im Irak festsitzen, ein Fortschritt in der palästinensischen Frage für die US-Interessen von zentraler Bedeutung. Die USA sehen, dass ihre blinde Unterstützung für Israel dem politischen Islam Gelegenheit bietet, die Wut der Massen auf Amerika zu lenken und die Regime seiner Bündnispartner in der Region zu erschüttern. Netanyahu gelang es nur deshalb, alle Versuche zu durchkreuzen, den blutigen Konflikt mit den Palästinensern zu beenden, weil die gespaltene arabische Welt bereit war, Stillschweigen über die Vorgänge in den besetzten Gebieten zu wahren, und Obama sich vor dem Parteitag der Republikaner, die seit den letzten Wahlen die Mehrheit im Kongress haben, in einer schwachen Position befand.

Aber nach den jüngsten revolutionären Vorkommnissen ist Netanyahus Zeit des sinnlosen Herumtrödelnd vorbei. Jetzt ist auch deutlich geworden, dass seine Unnachgiebigkeit eine wichtige Rolle bei der Untergrabung der Glaubwürdigkeit israelfreundlicher Regime wie Ägypten und Tunesien gespielt hat. Der revolutionäre Wandel in der arabischen Welt schafft einen öffentlichen Konsens, der bei keinem der künftigen Schritte ignoriert werden kann.

Das Einzige, woran die rechte israelische Regierung Interesse hat, ist der Erhalt ihrer Regierungsmacht. Von Anfang an war sie ausschließlich mit wahlpolitischen Gedankenspielen beschäftigt: Sie sah es als ihre Aufgabe, die Kadima-Partei an der Regierungsübernahme zu hindern. Auf dieser Grundlage bildete sich eine Koalition zwischen dem Likud und anderen rechten Parteien, die sich dem Grundsatz «zwei Staaten für zwei Völker» und einem Ende der Besatzungspolitik rigoros widersetzen.

Die ägyptische Revolution hat das Rad vorangetrieben und Netanyahus Regierung in

einen unmittelbaren Konflikt mit der neuen arabischen und weltweiten Realität gebracht. Der Sturz Mubaraks hat zum Zusammenbruch der israelischen Politik geführt, die auf einer Spaltung der arabischen Welt in eine «Achse des Böse» und die «Moderaten» basierte. Heute entsteht eine neue Achse, eine Achse der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit, die Ägypten, Tunesien, Syrien, Libyen und den Jemen einschließt. Diese neue Achse wird jeden israelischen Vorwand für eine aggressive Politik gegenüber der arabischen Welt im Allgemeinen und den Palästinensern im Besonderen untergraben.

Früher verlangte das Weiße Haus, Israel solle seinen Siedlungsbau für eine begrenzte Zeit einfriert, bis sich die USA aus Irak und Afghanistan zurückgezogen hätten. Heute, nachdem die ägyptische Revolution Obama und der internationalen Gemeinschaft eine neue Gleichung präsentiert, müssen die USA zwischen zwei Optionen entscheiden: Entweder sie unterstützen die Besatzung oder sie unterstützen uneingeschränkt den demokratischen Wandel, der durch die arabische Welt fegt. Besatzung und Demokratie können nicht nebeneinander existieren.

Andererseits kann Israel sich nicht weiter auf die grundlose Behauptung stützen, die einzige Demokratie im Nahen Osten zu sein. Über 40 Jahre Besatzung und die vor kurzem erlassenen rassistischen Gesetze entlarven Israel als einen Staat, der seine Bürger wegen ethnischer Zugehörigkeit, Religion und Nationalität diskriminiert. Bald wird Israel nicht länger seine Politik damit entschuldigen können, es sei von Feinden umgeben.

Die Isolation, in der sich Israel nach den arabischen Revolutionen befindet, kann nur zunehmen. Dies hängt natürlich auch davon ab, welche Rolle die revolutionären Kräfte beim Aufbau der Zukunft spielen. Auf palästinensischer Seite können neue Kräfte entstehen, die sich auf den Boden der derzeit stattfindenden grundlegenden Veränderungen stellen und daraus Nutzen für den Kampf gegen die Besatzung ziehen. Das wird eine goldene Gelegenheit sein, um Israel international zu isolieren und seine Besatzungspolitik vollständig zu delegitimieren. Der gerechte palästinensische Kampf gegen die Besatzung wird in der arabischen und internationalen Öffentlichkeit Unterstützung erhalten, denn er stützt sich auf dieselben Grundsätze wie die ägyptische Revolution.

Die israelische Öffentlichkeit, die jeden Glauben an ihre politische Führung verloren hat, steht vor einer riesigen Herausforderung. Sie kann die Gelegenheit nutzen, um einen Dialog mit den Revolutionen in der arabischen Welt anzufangen, auf der Suche nach einer gemeinsamen Zukunft ohne Krieg, Besatzung und Rassismus. Wenn Israel seine Existenz und seinen Platz unter den Nationen erhalten möchte, hat es keine andere Chance als die Besatzung zu beenden und seine Politik gegenüber seinen arabischen Bürgern zu ändern.

Am 14. Juli brach in Israel eine Bewegung aus, die man als soziale Intifada bezeichnen kann (weitere Informationen unter www. challenge-mag. com/de/artikel__97). Tausende israelischer Bürger, die Mehrheit unter ihnen Jugendliche, bauten eine «Zeltstadt» auf, um gegen die hohen Mieten zu protestieren, doch der Protest weitete sich rasch aus und schloss auch die hohen Lebenshaltungskosten und die Ausgaben für Gesundheit und Bildung ein. Parolen ägyptischer und syrischer Protestler wurden aufgriffen und in der Forderung zusammengefasst «Das Volk verlangt soziale Gerechtigkeit!» Bis jetzt hat sich der Protest in Israel auf die Forderung beschränkt, Netanyahu solle zu den Grundsätzen des

Wohlfahrtsstaats zurückkehren, aber die Bewegung könnte auch politische Forderungen bezüglich der Besatzung und der arabischen Bevölkerung in Israel aufgreifen.

In der Tat, Millionen arabischer Jugendlicher haben die Karten neu gemischt, ein tatsächlicher Friede zwischen den Völkern ist jetzt zum ersten Mal vorstellbar. Doch soziale Gerechtigkeit wird in Israel nicht ausreichen: die Jugend der Region wird die Israelis an ihrer Haltung zum palästinensischen Volk messen. Diejenigen Araber, die in ihren eigenen Ländern Demokratie einfordern, erwarten vom Volk Israels, dass es die Palästinenser endlich in ihre Rechte einsetzt. Dies wird eine Bedingung für Frieden und gegenseitige Beziehungen sein. Hierin liegt eine große Herausforderung für die Zeltbewohner. Netanyahu unternimmt alles in seiner Macht stehende, um den nationalistischen Konflikt weiter zu schüren. Er ist die Droge, die den Likud am Leben erhält. Es ist an der Zeit, sich seiner zu entledigen, sodass Israel an dem demokratischen Prozess teilhaben kann, der die ganze Region ergriffen hat.

Challenge *ist ein linkes Magazin, das den israelisch-palästinensischen Konflikt in einem globalen Kontext behandelt. Es wird in Tel Aviv herausgegeben, die Redaktion setzt sich zusammen aus Juden und Arabern.* Challenge *ist Teil eines Netzwerks, zu dem auch* Al Sabar *(in arabischer Sprache) und* Etgar *(in hebräischer Sprache) gehören. (Übersetzung aus dem Englischen: Lars Stubbe.)*